

Das Zivilurteil

Kurpat

10. Auflage 2026
ISBN 978-3-8006-8057-3
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurpat | Das Zivilurteil





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das Zivilurteil

Einführung in die Urteils technik

Von

Ralf Kurpat

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Köln

Referent an der Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen

Begründet wurde das Werk von Dr. Peter Siegburg

10., überarbeitete Auflage 2026

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: *Kurpat* Zivilurteil Rn.



ISBN PRINT 978 3 8006 8057 3

Dieser Titel ist auch als E-Book erhältlich.

© 2026 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@vahlen.de

Druck und Bindung: Himmer GmbH Druckerei & Verlag
Steinerne Furt 95, 86167 Augsburg

Satz: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

vahlen.de/nachhaltig
produksicherheit.vahlen.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen
dieses Werkes zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur zehnten Auflage

Das »Zivilurteil« begleitet den Referendar und Berufsanfänger, anfangs noch als »Einführung in die Relations- und Urteilstchnik«, nunmehr seit 50 Jahren bei Sachverhaltsfeststellung, Relationstechnik und Urteilsaufabfassung. Auch wenn sich Normen, Konventionen und Formulare über die Jahre geändert haben, die in der Sache »richtige« Entscheidung gewinnt weiterhin erst durch eine zutreffende Wiedergabe des Parteivortrages und Nachvollziehbarkeit der richterlichen Entscheidungsgründe an Überzeugungskraft. Auch darin spiegelt sich das den Parteien gewährte rechtliche Gehör (Art. 103 GG).

Die vielfältigen Berechnungsbeispiele berücksichtigen das zum 1.6.2025 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes und des Justizkostenrechts (KostRÄG 2025). Rechtsprechung und Literatur sind bis Juni 2026 erfasst, die Hinweise auf hilfreiche Aufsätze erweitert worden.

Für kritische Anmerkungen und Hinweise auf unentdeckt gebliebene Fehler bin ich weiterhin dankbar.

Bonn, im Juli 2026

Ralf Kurpat



Vorwort zur neunten Auflage

Das nunmehr in der neunten Auflage erscheinende »Zivilurteil« will dem Referendar und Berufsanfänger die wesentlichen Schritte der Sachverhaltserarbeitung und Darstellung der darauf aufbauenden rechtlichen Lösung vermitteln. Dabei steht die Bewältigung des – für sich schon anspruchsvollen – Normalfalls im Vordergrund der Betrachtung, nicht die »exotische Fallkonstellation« und mit ihr verbundene weitere Ausdifferenzierung einer kaum noch überschaubaren zivilprozessualen Rechtsprechung. Das »gute Urteil« überzeugt durch eine zutreffende Erfassung des unstreitigen und streitigen Sachvortrages, richtige Rechtsanwendung und nachvollziehbare Darstellung des beschrifteten Lösungsweges.

Die Änderungen im GKG, RVG und JVEG zum 1.1.2021 durch das Kostenrechtsänderungsgesetz 2021 (KostRÄG) machten eine Überarbeitung sämtlicher Berechnungsbeispiele erforderlich. Rechtsprechung und Literatur sind bis Januar 2021 berücksichtigt und die Hinweise auf weiterführende Aufsätze erweitert worden. Für kritische Anmerkungen und Hinweise auf unentdeckt gebliebene Fehler bin ich unverändert dankbar.

Bonn, im Februar 2021

Ralf Kurpat



Vorwort zur achten Auflage

Das anfänglich unter dem Titel »Einführung in die Urteils- und Relationstechnik« erschienene »Zivilurteil« geht mittlerweile in die achte Auflage und blickt damit auf eine 40 Jahre lange Geschichte zurück. Das von Herrn Dr. jur. Peter Siegburg begründete Werk hatte immer die Schwierigkeiten der Referendare im Blick, die »für sie unbekannte Materie der Urteils- und Relationstechnik in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ausreichend zu erlernen« (Vorwort zur ersten Auflage).

In die vorliegende Überarbeitung sind neben den Erfahrungen aus der Ausbildung von Rechtsreferendaren, deren Anregungen zur Aufnahme neuer und Klarstellung vorhandener Inhalte auch Erkenntnisse des Verfassers aus der Tätigkeit in der Richterfortbildung eingeflossen. Damit verbunden ist die Absicht, das Werk noch stärker an den Anforderungen der Praxis auszurichten, um neben dem Referendar auch dem Berufseinsteiger die Abfassung von Zivilurteilen zu erleichtern. Hierauf beruhen unter anderem die erweiterten Ausführungen zu den mit Beweiserhebung und Beweiswürdigung verbundenen praktischen Problemen. Eine sachgerechte Verhandlung und Entscheidung des jeweiligen Rechtsstreits ist ohne präzise Erarbeitung des Sach- und Streitstandes und umfassende Kenntnisse des Beweismittelrechts nicht denkbar. Das gilt für Richter und Referendare gleichermaßen. Daneben machte die gesetzgeberische Tätigkeit im Bereich des Kosten- und Gebührenrechts eine Aktualisierung nicht nur der Fallbeispiele erforderlich.

Rechtsprechungs- und Literaturnachweise sind auf dem Stand Mai 2016.

Für kritische Anmerkungen und Hinweise auf unentdeckt gebliebene Fehler bin ich unverändert dankbar.

Bonn, im Juni 2016

Ralf Kurpat

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur siebten Auflage

Die positive Aufnahme der 6. Auflage ermöglicht eine Aktualisierung und Überarbeitung bereits zwei Jahre nach Erscheinen der letzten Auflage. Im Zuge dessen sind die Ausführungen im Abschnitt »Rubrum« gestrafft, die im Abschnitt »Entscheidungsgründe mit Beweiswürdigung« erweitert worden. Zugleich konnten die mit der letzten Auflage eingeführten Schemata um weitere praxis- und examensrelevante prozessuale Konstellationen (insbesondere Anerkenntnisurteil, Klagehäufung und -änderung sowie Parteiwechsel und -erweiterung) ergänzt werden. Mit der Aufnahme tabellarischer Übersichten sind wesentliche Inhalte nun auch optisch leichter erfassbar. Die seit der letzten Auflage veröffentlichte Rechtsprechung und Literatur ist – soweit möglich und sinnvoll – ausgewertet und berücksichtigt worden. Mit der zusammenfassenden Darstellung der Relationstechnik ist eine Rückkehr zu den Anfängen dieses ursprünglich »Einführung in die Urteils- und Relationstechnik« benannten Ausbildungsbuches verbunden. Die relationstechnische Denkweise bleibt Voraussetzung für eine effiziente Erfassung und Prüfung des entscheidungserheblichen Sachvortrages. Ihr muss eine an den zivilprozessualen Vorgaben ausgerichtete Stoffsammlung und -ordnung vorausgehen. Die Lektüre des Abschnitts »Die Vorbereitung des Tatbestandes« sollte daher am Anfang stehen.

Auch die vorliegende Überarbeitung dient dem Ziel, den Referendarinnen und Referendaren die Abfassung des Zivilurteils zu erleichtern. Der neue Buchtitel trägt dem Rechnung. Für Hinweise auf Fehler und mögliche Verbesserungen bin ich weiterhin dankbar.

Bonn, im November 2012

Der Verfasser

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur sechsten Auflage

Der Gesetzgeber ist auch nach dem Erscheinen der fünften Auflage im Jahr 2003 nicht untätig geblieben und hat die ZPO weiteren Änderungen unterworfen. Zugleich haben ökonomische Zwänge und eine Orientierung an der Berufswirklichkeit der Assessoren/innen die Landesgesetzgeber veranlasst, das juristische Referendariat zeitlich zu verkürzen und in stärkerem Maße an den Anforderungen des Anwaltsberufes auszurichten. Ungeachtet der nicht unbestrittenen Eignung dieser und – angesichts des sog. Bologna-Prozesses – noch beabsichtigter Reformmaßnahmen gilt weiterhin, dass der Zugang zum »praktischen Fall« wesentlich von den Lernerfahrungen in der ersten zivilrechtlichen Ausbildungsstation des Referendariats geprägt wird. Den Einstieg in diesen Ausbildungsabschnitt will das vorliegende Buch erleichtern. Aus diesem Grunde sind neben der bewährten Darstellung des Urteilsaufbaus in dieser Auflage verstärkt Falldarstellungen und Formulierungshilfen sowie erstmals Aufbauschemata für verschiedene Prozesskonstellationen aufgenommen worden. Im Vordergrund der Ausführungen steht dabei das erstinstanzliche Urteil. Sämtliche Fallbeispiele berücksichtigen die zwischenzeitlichen Neuerungen im GKG sowie die Einführung des RVG und JVEG. Die seit der letzten Auflage veröffentlichte Rechtsprechung ist bis Ende 2009 berücksichtigt worden. Die Literaturnachweise sind erheblich erweitert und ebenfalls aktualisiert worden. Hinweise auf (unvermeidliche) Fehler und mögliche Verbesserungen sind jederzeit willkommen.

Nach den mehr als zehnjährigen Erfahrungen des Verfassers als Leiter von zivilrechtlichen Arbeitsgemeinschaften erleichtert die Beschränkung auf wesentliche Strukturen den Zugang zu der den Referendaren/innen bislang weitgehend unbekannten Materie der Urteilstechnik. In der Vertiefung und Wiederholung des dabei Erlernten liegt das Geheimnis der Vervollkommnung auch in diesem Bereich.

Herr Dr. jur. Peter Siegburg, der die »Einführung in die Urteilstechnik« vor mehr als dreißig Jahren begründet und über fünf Auflagen betreut hat, ist 2005 verstorben. Seine Art, die mit der Urteilsabfassung verbundenen Fragestellungen und Lösungsansätze darzustellen, bleibt Maßstab für dieses Ausbildungsbuch.

Bonn, im Januar 2010

Der Verfasser

Vorwort zur ersten Auflage

Die im Jahre 1972 durchgeführte Reform des Vorbereitungsdienstes brachte den Referendaren neben einer Verkürzung der Ausbildungszeit eine Änderung und Umstellung der einzelnen Ausbildungsstationen. In Nordrhein-Westfalen z. B. beginnt seitdem der Vorbereitungsdienst mit einem Einführungslehrgang zur Vorbereitung des Referendars auf die Ausbildung bei einem ordentlichen Gericht in Zivilsachen (§ 29 Abs. 1 JAO NW), der zur Zeit einen Monat dauert. Das Ausbildungsziel dieses Einführungskurses besteht in erster Linie darin, den Referendar darauf vorzubereiten, während der anschließenden praktischen Ausbildung beim Amts- bzw. Landgericht in Zivilsachen von Anfang an möglichst selbständig mitzuarbeiten. Zu diesem Zwecke muss der Referendar namentlich in die Urteils- und Relationstechnik eingeführt werden, weil die Anfertigung von Sachberichten, Urteilsentwürfen und Gutachten zum Bestandteil der nachfolgenden Ausbildung beim Zivilgericht gehört.

Als Leiter solcher Einführungslehrgänge habe ich die Erfahrung gemacht, dass die Referendare am Anfang große Schwierigkeiten haben, die für sie unbekannte Materie der Urteils- und Relationstechnik in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ausreichend zu erlernen. Ziel dieses Buches ist es daher, dem von der Universität kommenden Anfänger einen Leitfaden zur Anfertigung von Urteilsentwürfen und Gutachten an die Hand zu geben und ihm auf diese Weise den Einstieg in die für ihn fremde Materie zu erleichtern.

Im Rahmen einer solchen Einführung kann die Urteils- und Relationstechnik naturgemäß nicht abschließend behandelt werden. Ich habe mich auf das für den Anfänger Wesentlichste beschränkt und zur Vertiefung der jeweiligen Probleme auf die vorhandene Anleitungsbücher verwiesen.

Der Eingang des Urteils (Rubrum) wird in den Ländern verschieden formuliert. Die in diesem Buch verwandte Formulierung ist in einer Reihe von Bundesländern gebräuchlich. Der Referendar lässt sich am besten von dem ausbildenden Zivilrichter ein Muster eines Urteils geben, damit er feststellen kann, welche Formulierung des Urteileingangs jeweils üblich ist.

Bekanntlich wird nicht in allen Bundesländern die Anfertigung einer schriftlichen Hausarbeit verlangt. Der Referendar, der keine Relation anzufertigen braucht, sollte gleichwohl den zweiten Teil des Buches über die Relation lesen. Er behandelt nämlich auch Gebiete, die für jeden Referendar von Interesse sein dürften. Besonders hinzuweisen ist auf die Kapitel »Stoffsammlung« und »Stoffordnung«, die für die Anfertigung eines Sachberichtes oder Tatbestandes wichtig sind. Ferner sind die Abschnitte über die Erheblichkeit der Einlassung des Beklagten einschließlich des gleichwertigen Parteivorbringens hervorzuheben.

Köln, im Januar 1976

Der Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zehnten Auflage	V
Vorwort zur neunten Auflage	VI
Vorwort zur achten Auflage	VII
Vorwort zur siebten Auflage	VIII
Vorwort zur sechsten Auflage	IX
Vorwort zur ersten Auflage	X
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXV

Einführung in die Urteilstechnik	1
--	---

A. Das Rubrum	3
I. Das Aktenzeichen	3
II. Der Verkündungsvermerk	4
III. Das Wappen	4
IV. Die Überschrift	4
V. Die Bezeichnung der Prozessbeteiligten	6
1. Die Parteibezeichnung	6
2. Die gesetzlichen Vertreter	12
3. Die Prozessbevollmächtigten	15
VI. Die Bezeichnung des Gegenstandes des Rechtsstreits	17
VII. Die Bezeichnung des Gerichts und der Richter	17
VIII. Die Angabe des Schlusses der mündlichen Verhandlung bzw. des schriftlichen Verfahrens	19
IX. Ein zusammenfassendes Beispiel	21

B. Die Urteilsformel	23
I. Der Urteilstenor zur Hauptsache	24
1. Allgemeine Grundsätze	24
2. Das klageabweisende Urteil	26
3. Das klagestattgebende Urteil	27
a) Urteilsarten	27
b) Klagearten	29
c) Besondere Fallgestaltungen	31
4. Teilweises Unterliegen bzw. Obsiegen	32
II. Die Kostenentscheidung	32
1. Allgemeine Grundsätze	33
a) Kostengrundentscheidung	33
b) Kosten des Rechtsstreits	34
c) Gebührenstreitwert	37
d) Einheit der Kostenentscheidung	38
e) Kostentrennung	39
2. Das volle Unterliegen bzw. Obsiegen einer Partei	42
3. Das teilweise Unterliegen bzw. Obsiegen der Parteien	44
a) Teilunterliegen	44
b) Verteilungsmaßstab	45
c) Geringfügiges bzw. privilegiertes Unterliegen	48

4. Besondere Fallgestaltungen	49
a) Nebenforderungen	49
b) Obsiegen bzw. Unterliegen von Streitgenossen	50
c) Aufrechnung	52
d) Haupt- und Hilfsantrag	55
e) Klage und Widerklage	55
5. Gemischte Kostenentscheidungen	56
a) Teilklagerücknahme	57
b) Teilerledigung und Teilanerkennnis	59
c) Teilurteil	59
III. Die vorläufige Vollstreckbarkeit	59
1. Allgemeine Grundsätze	59
2. Die Vollstreckbarkeit ohne Sicherheitsleistung (§ 708 ZPO)	62
3. Die Abwendungsbefugnis (§ 711 ZPO) und deren Ausschluss (§ 713 ZPO)	67
a) Unterbleiben von Schutzanordnungen	68
b) Das volle Unterliegen bzw. Obsiegen einer Partei	68
c) Das teilweise Unterliegen bzw. Obsiegen der Parteien	69
d) Die Höhe der »Sicherheitsleistung«	70
e) Die Art der Sicherheitsleistung	75
4. Die Vollstreckbarkeit gegen Sicherheitsleistung (§ 709 ZPO)	76
a) Die Höhe der Sicherheitsleistung	76
b) Urteile nach Einspruch gegen ein Versäumnisurteil	78
5. Vollstreckungsschutz/-erleichterungen (§§ 710, 711 S. 3, 712 ZPO)	80
6. Besondere Fallgestaltungen	81
a) Klage und Widerklage	81
b) Zurückbehaltungsrecht und Einrede des nicht erfüllten Vertrages (§§ 273, 320 BGB)	82
c) Prozessuale Gestaltungsclagen	82
d) Gemischte Kostenentscheidungen	82
IV. Die sonstigen Nebenentscheidungen im Urteilstenor	82
1. Zulassung der Berufung	82
2. Vorbehalt der Rechte im Nachverfahren	83
3. Einwand beschränkter Erbenhaftung	83
4. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	83
C. Der Tatbestand	85
I. Allgemeine Grundsätze	85
II. Die Vorbereitung des Tatbestandes	89
1. Die Stoffsammlung	89
a) Das Parteivorbringen	89
aa) Die Tatsachen	91
bb) Die Rechtsausführungen	95
cc) Das Haupt- und das Hilfsvorbringen	96
b) Die Quellen der Stoffsammlung zum Parteivorbringen	97
aa) Die Schriftsätze	98
bb) Die Urkunden	103
cc) Die Beiakten	105
dd) Die Sitzungsprotokolle, die Beweisbeschlüsse und die Sachverständi- gengutachten	106
ee) Die früheren Entscheidungen	108
c) Die Prozessgeschichte	108
d) Die Anfertigung eines Aktenauszuges und/oder einer Zeittabelle	108
2. Die Stoffordnung	110
a) Die Feststellung des überholten Parteivorbringens	111
b) Die Ermittlung des Sach- und Streitstandes	112

aa) Der Sachstand	112
(1) Der übereinstimmende Sachvortrag	112
(2) Der ausdrücklich oder konkludent zugestandene Sachvortrag	113
(3) Der fiktiv zugestandene Sachvortrag	114
bb) Der Streitstand	115
(1) Das pauschale Bestreiten	116
(2) Das einfache Bestreiten	116
(3) Das substantiierte Bestreiten	118
(4) Die Erklärung mit Nichtwissen	119
c) Die Auswertung der Rechtsausführungen	121
d) Die chronologische Ordnung des Parteivorbringens durch einen verbesserten Aktenauszug oder einen Sachbericht	122
III. Der Aufbau des Tatbestandes im Einzelnen	123
1. Das unstreitige Parteivorbringen	124
2. Der streitige Vortrag des Klägers	130
a) Der Einleitungssatz	130
b) Der Tatsachenvortrag	130
c) Die Rechtsausführungen	135
3. Die Prozessgeschichte I	137
4. Die Anträge der Parteien	140
a) Allgemeine Grundsätze	140
b) Der Antrag des Klägers zum Hauptanspruch	142
c) Der Antrag des Klägers zu den Nebenansprüchen	144
d) Der Abweisungsantrag des Beklagten	145
e) Die Antragstellung bei Klage und Widerklage	147
5. Das Verteidigungsvorbringen des Beklagten	147
a) Das Vorbringen zur Zulässigkeit der Klage	148
b) Das Bestreiten klagebegründender Tatsachen	149
c) Das Vorbringen materiell-rechtlicher Einwendungen und Einreden	150
d) Die (Hilfs-)Aufrechnung	152
e) Die Rechtsausführungen	154
6. Die Replik des Klägers und die Duplik des Beklagten	154
7. Die Prozessgeschichte II	155
8. Die Bezugnahmen	158
D. Die Entscheidungsgründe	161
I. Allgemeine Grundsätze	161
II. Der Aufbau der Entscheidungsgründe ohne eine Beweiswürdigung	169
1. Der einleitende feststellende Ergebnissatz	169
2. Die Einspruchsprüfung	170
3. Die Auslegung des Klageantrages	171
4. Die Zulässigkeit der Klage	171
a) Ordnungsgemäßer Klageantrag	172
b) Klage auf künftige Leistung	173
c) Eventualklagenhäufung	173
d) Veränderungen des Streitgegenstandes	173
e) Sachliche und örtliche Zuständigkeit	173
f) Parteifähigkeit	174
g) Prozessführungsbefugnis	174
h) Rechtsschutzbedürfnis	175
i) Einrede der Schiedsvereinbarung	175
5. Die Begründetheit der Klage	176
a) Der Hauptanspruch	176
aa) Das volle Obsiegen des Klägers	176

bb) Die Klageabweisung	178
cc) Das teilweise Obsiegen des Klägers	180
b) Die Nebenansprüche	180
6. Die prozessualen Nebenentscheidungen	182
7. Die Streitwertfestsetzung	183
8. Die Rechtsbehelfsbelehrung	184
9. Die Unterschrift	186
III. Besondere Fallgestaltungen	186
1. Haupt- und Hilfsantrag	186
2. Haupt- und Hilfsaufrechnung	186
3. Zurückbehaltungsrecht	187
4. Widerklage	187
IV. Der Aufbau der Entscheidungsgründe mit Beweiswürdigung	187
1. Allgemeine Grundsätze	187
2. Der Beweisgegenstand	188
3. Die Beweisbedürftigkeit	189
a) Offenkundigkeit der Tatsache	189
b) Tatsächliche Vermutungen	189
c) Indizienbeweis	190
d) Beweisvereitelung	191
4. Die Beweiserhebung	191
a) Beweisantrag	191
b) Pflicht zur erschöpfenden Beweiserhebung	192
c) Verhandeln über das Beweisergebnis	192
5. Die Überzeugungsbildung	193
6. Der Beweis durch Augenschein	195
7. Der Sachverständigenbeweis	196
8. Der Zeugenbeweis	197
a) Die Aussageanalyse	199
aa) Realitätskriterien	200
(1) Betreffend den Aussageinhalt	200
(2) Betreffend die Aussagestruktur	200
(3) Betreffend die Wiederholung von Aussageinhalten	200
bb) Phantasiesignale	200
(1) Betreffend die Verlegenheit bei der Aussage	200
(2) Betreffend die Übertreibung in der Aussage	201
(3) Betreffend die Aussagekompetenz	201
b) Formulierungsbeispiele	201
9. Der Urkundenbeweis	203
10. Die Parteivernehmung	205
11. Verwertung anderweitiger Beweisergebnisse	206
12. Der Aufbau der Beweiswürdigung	206
a) Streitige Behauptung (ggf. über Hilfstatsachen) bewiesen	207
b) Streitige Behauptung nicht erwiesen	208
c) Sonderfall: Beweis des Gegenteils	209
13. Weitere Prüfungs- und Darstellungshinweise	210
Anhang: Die Schemata	211
E. Die Stoffsammlung und -ordnung	213
I. Stoffsammlung	213
1. Fundstellen	213
2. Parteivorbringen	213
a) Tatsachen	213
b) Rechtsansichten	214

II. Stoffordnung	214
1. Unstreitiges Vorbringen (Sachstand)	214
2. Streitiges Vorbringen (Streitstand)	215
3. Pflicht zur Substantiierung	215
F. Die Sachurteilsvoraussetzungen	217
I. Allgemeines	217
II. Gerichtsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen	217
1. Deutsche Gerichtsbarkeit	217
2. Internationale Zuständigkeit	217
3. Zulässigkeit des Rechtswegs	217
4. Sachliche Zuständigkeit	217
5. Örtliche Zuständigkeit	218
6. Funktionelle Zuständigkeit	218
III. Klagebezogene Sachurteilsvoraussetzungen	218
1. Ordnungsgemäße Klageerhebung	218
2. Erfolgreiche Streitschlichtung gem. § 15a EGZPO	218
3. Besondere Klagearten	219
a) Klage auf künftige Leistung, §§ 257–259 ZPO	219
b) Die Urkunds-, Wechsel- oder Scheckklage, §§ 592, 602 und 605a ZPO	219
IV. Parteibezogene Sachurteilsvoraussetzungen (sog. Prozesshandlungsvoraussetzungen)	219
1. Parteifähigkeit, § 50 ZPO	219
2. Prozessfähigkeit, §§ 51, 52 ZPO	219
3. Prozessführungsbefugnis	219
4. Postulationsfähigkeit, § 78 ZPO	220
5. Ordnungsgemäße Vertretung/Vertretungsmacht, § 80 ZPO	220
V. Streitgegenstandsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen	220
1. Keine anderweitige Rechtshängigkeit, § 261 Abs. 3 Nr. 1 ZPO	220
2. Keine entgegenstehende Rechtskraft, § 322 ZPO	221
3. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	221
4. Besonderes Rechtsschutzbedürfnis	221
VI. Fehlen prozesshindernder Einreden	222
1. Einrede der Schiedsgerichtsvereinbarung, § 1032 ZPO	222
2. Einrede der fehlenden Kostenerstattung, § 269 Abs. 6 ZPO	222
3. Einrede der fehlenden Prozesskostensicherheit, §§ 110 ff. ZPO	222
G. Die Relation	223
I. Allgemeines	223
II. Inhalt	223
III. Aufbau des Sachberichts	223
IV. Aufbau des Gutachtens	223
1. Entscheidungsvorschlag	223
2. Auslegungs- oder Antragsstation	224
3. Zulässigkeits- oder Prozessstation (ein- bzw. zweischichtig)	224
4. Klägerstation	224
5. Beklagtenstation	225
6. Replikstation	226
7. Beweisstation	226
a) Beweisstation ohne Beweiswürdigung	226
b) Beweisstation mit Beweiswürdigung	227
8. Entscheidungs- oder Tenorierungsstation	227
a) Bei fehlender Sachentscheidungsreife	227
b) Bei bestehender Sachentscheidungsreife	227
V. Urteil- oder Beschlussentwurf	228

H. Der Beweisbeschluss	229
I. Allgemeines	229
II. Beschlussentwurf	230
J. Der Urteilskopf	233
K. Die Kostenentscheidung	237
I. Allgemeines	237
II. Darstellung im Urteil	237
1. Rubrum	237
2. Tenor	237
a) Das volle Obsiegen/Unterliegen, §§ 91 Abs. 1 und 93 ZPO	237
b) Das teilweise Obsiegen/Unterliegen, § 92 Abs. 1 ZPO	237
c) Das geringfügige Obsiegen/Unterliegen, § 92 Abs. 2 ZPO	238
d) Das kopfteilige Unterliegen von Streitgenossen, § 100 Abs. 1 ZPO	238
e) Das gesamtschuldnerische Unterliegen von Streitgenossen, § 100 Abs. 4 ZPO	238
f) Die unterschiedliche Beteiligung unterliegender Streitgenossen, § 100 Abs. 2, Abs. 3 ZPO	238
g) Das Unterliegen einzelner und Obsiegen anderer Streitgenossen, §§ 91, 92 ZPO	238
h) Durch eine Partei verursachte ausscheidbare Mehrkosten	238
3. Tatbestand	239
4. Entscheidungsgründe	239
L. Die vorläufige Vollstreckbarkeit	241
I. Allgemeines	241
II. Darstellung im Urteil	241
1. Tenor	241
a) aus Urteilen gem. § 708 Nr. 1–3 ZPO oder §§ 708 Nr. 4–11, 713 ZPO	241
b) aus Urteilen gem. §§ 708 Nr. 4–11, 711 ZPO	241
c) aus Urteilen gem. § 709 S. 1, 2 ZPO	241
d) aus Urteilen gem. §§ 708 Nr. 4–11, 711 und 709 S. 1, 2 ZPO	241
e) aus Urteilen gem. § 709 S. 1–3 ZPO	242
2. Tatbestand	242
3. Entscheidungsgründe	242
M. Der Tatbestand	243
I. Unstreitiges (Imperfekt, direkte Rede, Indikativ)	243
II. Streitiges Vorbringen des Klägers (Präsens, indirekte Rede, Konjunktiv I)	243
III. [evtl.] Prozessgeschichte I (Perfekt, direkte Rede, Indikativ)	243
IV. Antrag des Klägers (Präsens, indirekte Rede)	244
V. Antrag des Beklagten (Präsens, indirekte Rede)	244
VI. Streitiges Vorbringen des Beklagten (Präsens, indirekte Rede, Konjunktiv I)	244
VII. [evtl.] Streitiges Vorbringen des Klägers (Replik) (Präsens, indirekte Rede, Konjunktiv)	244
VIII. Prozessgeschichte II (Perfekt, direkte Rede, Indikativ)	244
N. Die Entscheidungsgründe ohne Beweiswürdigung	247
I. Allgemeines	247
II. Inhalt und Darstellung	247
III. Aufbau	247
1. Ergebnissatz	247
2. (Im Einzelfall) Auslegung des Klageantrages	248
3. (Im Einzelfall) Ausführungen zur Zulässigkeit	248
4. Ausführungen zur Begründetheit	248

a) Bei Erfolg des Klagebegehrens	248
b) Bei fehlendem Erfolg des Klagebegehrens	249
c) Bei teilweisem Erfolg des Klagebegehrens	249
5. Ausführungen zu den prozessualen Nebenentscheidungen	249
6. Streitwert(-beschluss)	249
7. Die Rechtsbehelfsbelehrung	249
8. Unterschriften der Richter	249
O. Die Entscheidungsgründe mit Beweiswürdigung	251
I. Allgemeines	251
II. Beweiswürdigung	251
1. Der Beweis durch Augenschein	251
2. Der Sachverständigenbeweis	251
3. Der Zeugenbeweis	252
4. Der Urkundenbeweis	252
5. Die Parteivernehmung	252
III. Aufbau der Beweiswürdigung	252
1. Die streitige Behauptung ist (ggf. über Hilfsstatsachen) bewiesen	253
2. Die streitige Behauptung ist nicht erwiesen	253
3. Sonderfall: Beweis des Gegenteils	253
P. Die Mehrheit von Streitgegenständen – objektive Klagenhäufung	255
I. Allgemeines	255
II. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	255
1. Identität der Parteien	255
2. Zuständigkeit des Prozessgerichts für sämtliche Ansprüche	255
3. Die gleiche Prozessart für alle Ansprüche	255
4. Kein Verbindungsverbot	256
5. Bei der Eventualklagenhäufung: Gleichartigkeit der Ansprüche (Konnexität)	256
6. Bei der nachträglichen objektiven Klagenhäufung bedarf es entsprechend gem. § 263 ZPO alternativ:	256
III. Darstellung im Urteil	256
1. Rubrum und Tenor	256
2. Tatbestand	257
3. Entscheidungsgründe	257
4. Prozessuale Nebenentscheidungen	258
IV. Sonderfälle	258
1. Leistung und Fristsetzung mit Schadensersatz, §§ 255, 259 ZPO	258
2. Stufenklage, § 254 ZPO	258
Q. Die Stufenklage	259
I. Allgemeines	259
II. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	259
1. Auskunftsverlangen	259
2. Die Verbindung aufeinander aufbauender Anträge	259
3. Stufenweise Antragstellung	259
III. Darstellung im Urteil	260
1. Rubrum	260
2. Tenor	260
3. Tatbestand	260
4. Entscheidungsgründe	261
a) Zulässigkeit	261
b) Begründetheit	261
c) Prozessuale Nebenentscheidungen	261
5. Streitwert	261

R. Die Parteimehrheit – subjektive Klagenhäufung	263
I. Allgemeines	263
1. Einfache Streitgenossenschaft, §§ 59, 60 ZPO	263
2. Notwendige Streitgenossenschaft, § 62 ZPO	263
II. Sachurteilsvoraussetzungen	264
1. Zweckmäßigkeit gemeinsamer Verhandlung und Entscheidung	264
2. Zuständigkeit des Prozessgerichts für sämtliche Parteien	264
3. Die gleiche Prozessart für alle Parteien, § 260 ZPO analog	264
4. Kein Verbindungsverbot, § 260 ZPO analog	264
5. Sonderfall: die nachträgliche subjektive Klagenhäufung	264
III. Darstellung im Urteil	265
1. Tatbestand	265
2. Entscheidungsgründe	265
3. Prozessuale Nebenentscheidungen	265
4. Streitwert	266
IV. Sonderfälle	266
1. Beweiserhebung	266
2. Gesamtschuldner (Verkehrsunfall)	266
S. Die Änderung des Streitgegenstandes – objektive Klageänderung	267
I. Allgemeines	267
II. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	267
1. Klagewechsel	267
2. Klageberichtigung, Antragsänderung und Veräußerung der streitbefangenen Sache	267
3. Nachträgliche objektive Klagenhäufung	268
III. Darstellung im Urteil	268
1. Rubrum und Tenor	268
2. Tatbestand	268
3. Entscheidungsgründe	269
4. Prozessuale Nebenentscheidungen	270
T. Parteiwechsel und -erweiterung – die subjektive Klageänderung	271
I. Allgemeines	271
II. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	271
1. Parteiwechsel	271
a) Gesetzlicher Parteiwechsel	271
b) Gewillkürter Parteiwechsel	271
2. Parteierweiterung	272
a) Gesetzliche Parteierweiterung	272
b) Gewillkürte Parteierweiterung	272
III. Darstellung im Urteil	273
1. Rubrum	273
2. Tenor	273
3. Tatbestand	274
4. Entscheidungsgründe	274
5. Prozessuale Nebenentscheidungen	275
IV. Sonderfall: Drittwiderklage	275
U. Das Versäumnisurteil und Einspruchsverfahren	277
I. Allgemeines	277
II. Das Versäumnisurteil	277
1. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	277
a) Säumnis	277

b) Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils	277
c) Keine Erlasshindernisse	277
2. Darstellung im Urteil	278
3. Rechtsbehelfsbelehrung	278
III. Das Urteil nach unzulässigem Einspruch	278
1. Rubrum und Tenor	278
2. Tatbestand	279
3. Entscheidungsgründe	279
4. Prozessuale Nebenentscheidungen	279
IV. Das Urteil nach zulässigem Einspruch	279
1. Rubrum und Tenor	279
2. Tatbestand	280
3. Entscheidungsgründe	281
4. Prozessuale Nebenentscheidungen	281
V. Das zweite Versäumnisurteil, § 345 ZPO	281
VI. Sonderfälle	282
1. Der Vollstreckungsbescheid	282
2. Entscheidung nach Lage der Akten	282
V. Das Anerkenntnisurteil	283
I. Allgemeines	283
II. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	283
1. Anerkenntniserklärung	283
2. Kostenwiderspruch	283
3. Entscheidung ohne Antrag	283
III. Darstellung im Urteil	284
1. Rubrum und Tenor	284
2. Entscheidungsgründe	284
3. Streitwert	285
IV. Sonderfälle	285
1. Kostenwiderspruch im Mahnverfahren	285
2. Anerkenntnis von nur einem Streitgenossen	285
W. Das Zurückbehaltungsrecht	287
I. Allgemeines	287
II. Darstellung im Urteil	287
1. Tenor	287
2. Tatbestand	287
3. Entscheidungsgründe	287
a) Zulässigkeit	287
b) Begründetheit	288
4. Prozessuale Nebenentscheidungen	288
5. Streitwert	288
X. Die Haupt- und Hilfsaufrechnung	289
I. Allgemeines	289
II. Darstellung im Urteil	289
1. Rubrum und Tenor	289
2. Tatbestand	290
3. Entscheidungsgründe	290
a) Einleitungssatz	290
b) Zulässigkeit	290
c) Begründetheit	290
4. Prozessuale Nebenentscheidungen	291
5. Streitwert	291

Y. Die Widerklage	293
I. Allgemeines	293
II. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	293
1. Klageerhebung bei rechtshängiger Klage	293
2. Zuständigkeit	293
3. Zusammenhang mit der Klage	293
4. Dieselbe Prozessart	294
III. Darstellung im Urteil	294
1. Rubrum	294
2. Tenor	294
3. Tatbestand	294
4. Entscheidungsgründe	295
5. Prozessuale Nebenentscheidungen	295
IV. Sonderfälle	295
1. Hilfswiderklage	295
2. Beteiligung Dritter	296
Z. Die einseitige Erledigungserklärung	297
I. Allgemeines	297
II. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	297
1. Änderung des Klageantrages	297
2. Rechtsschutzbedürfnis	297
III. Darstellung im Urteil	297
1. Rubrum und Tenor	297
2. Tatbestand	298
3. Entscheidungsgründe	298
a) Auslegung in Feststellungsantrag	298
b) Zulässigkeit	298
c) Begründetheit	298
4. Prozessuale Nebenentscheidungen	299
5. Streitwert	299
Sachregister	301